Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 186. Donnerstag den 5. Juli 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Vom 1. October sind in dem Grundstücke Nr. Fleischergasse 5 (Beiner's Hof) von den bisherigen Räumen des Kaiserlichen Telegraphenamts noch die in dem 1. und 2. Stockwerk des Vordergebäudes belegenen, zu Büreaux, Geschäftsräumen, Wohnräumen geeigneten **Localitäten**, bestehend aus je einem dreifenstrigen und zwei zweifenstrigen Zimmern, geräumigen Vorsaal und Nebenräumen zu vermiethen. Die Besichtigung der Räume ist von Vormittags 9 Uhr ab gestattet. Miethspreis je 1000 ℳ
Nähere Auskunft ertheilt Herr Telegraphendirector Fuchs.

Der Kaiserliche Oberpost-Director.
Balter.

Nichtamtlicher Theil.

Graf Chambord.

Der lebende Graf Chambord ist für die französische Republik eine fortwährende Drohung, der todte eine Gefahr, das haben die Verhandlungen des Parlaments über die Maßregeln gegen die Prinzen von Orleans gezeigt, und das wird aufs Neue heute klar, da der Graf schwer erkrankt ist. Auf die Kunde von diesem Ereigniß sind drei der Prinzen von Orleans, welche gegenwärtig in Frankreich sind, nämlich der Graf von Paris und die Herzöge von Nemours und von Alençon, nach Frohsdorf abgereist; der Herzog von Aumale hat sich an diesem Schritt nicht betheiligt, weil er dem Vertrag des Jahres 1875, durch welchen der Graf Chambord als das Haupt des französischen Königshauses anerkannt worden ist, nicht beigetreten ist. Der Tod des Grafen Chambord würde den Prinzen von Orleans die Handlungsfreiheit zurückgeben und der Graf von Paris würde alsdann als der directe Nachkomme Louis Philippe's der einzige Prätendent sein. Ob er als solcher auftreten würde, ohne daß sich eine besondere Gelegenheit dazu darbiete, darf nach der bisher von ihm beobachteten Zurückhaltung bezweifelt werden, aber daß die Partei, welche hinter den Prinzen steht, sich zu Thaten rüstet, ist nach dem bisherigen Gang der Entwicklung sehr wahrscheinlich.

Der Bankerott der Republik war an dem Tage erklärt, an welchem das Gesetz gegen die Prinzen von Orleans die Zustimmung des Senats erhielt; an diesem Tage gaben die Republikaner zu erkennen, daß sie die Prinzen von Orleans fürchten und daß sie die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich nur als eine Frage der Zeit betrachten. Die Ovationen, welche das Officierscorps des in Rouen stehenden Chasseur-Regiments ihrem scheidenden Oberst, dem Herzog von Chartres, bereitete, bestätigten die Berechtigung der vorhandenen Besorgniß, die Republikaner wurden inne, daß ihnen die Zügel der Regierung mehr und mehr aus der Hand glitten. Als dann endlich das Ministerium Ferry nach langen Unterhandlungen zu Stande gekommen war, traten die Schwierigkeiten der Lage sofort mit größter Deutlichkeit hervor. Die neue Regierung erblickte das Heil der Zukunft allein in der Politik der Abenteuer, ein gewagtes Unternehmen nach dem anderen wurde mit größtem Leichtsinn in Scene gesetzt, und jetzt, wo der Krieg in drei überseeischen Ländern zu gleicher Zeit entbrannt ist und ein neuer großer Krieg mit China unmittelbar bevorsteht, zeigt zugleich der finanzielle Bankerott sein drohendes Antlitz in bedenklicher Nähe. Dazu kommen die Kundgebungen der Anarchisten und der Conflict mit der Curie wegen Beseitigung der Hospitalgeistlichen — wohin das Ministerium blickt, überall häufen sich die Schwierigkeiten und Verlegenheiten und mitten in diese Symptome des beginnenden allgemeinen Zusammenbruchs der republikanischen Institutionen kommt die Nachricht von der schweren Erkrankung des Grafen Chambord! Tritt der Tod wirklich ein, wie man allgemein zu erwarten scheint, dann sind die Tage des Ministeriums Ferry gezählt und eine neue Umwälzung wird nicht lange auf sich warten lassen. Die Aufregung in der Hauptstadt ist schon jetzt, wo das Ereigniß noch nicht eingetreten ist, so groß, daß von nichts Anderem gesprochen wird als von der Krankheit des Grafen Chambord und den Berathungen der Prinzen von Orleans, selbst Louise Michel und die Tonkinfrage sinken im Vergleich damit zu augenblicklicher Bedeutungslosigkeit herab, die Blicke Frankreichs sind gegenwärtig nach Frohsdorf gerichtet und mit Spannung sieht man der Todesnachricht entgegen. Als Ferry die Geschäfte übernahm, bezeichnete er das Jahr 1885 als dasjenige, in welchem die Republik durch die Reform des Senats befestigt werden müsse, er versprach eine in sich geeinte Regierung zu schaffen, welche sich nicht blos als die Vollstreckerin des Willens der Nation, sondern auch als zur Initiative verpflichtet betrachte, er erklärte es als nothwendig, daß endlich einmal eine dauernde Regierung das Ruder führe, und er vermaß sich, das französische Staatsschiff glücklich durch alle Stürme bis zu den nächsten Wahlen hindurch zu dugiren. Der Wille war gut, aber ob die Kraft ausreichen wird, ist mindestens sehr unsicher. Einen kleinen Vorgeschmack Dessen, was in Kürze bevorsteht, brachte die Senatssitzung vom 30. Juni, in welcher der Minister Waldeck-Rousseau nur mit genauer Noth sein Portefeuille aus der Abstimmung rettete. Der Senator Bérenger benutzte die Verfügung des Seinepräfecten, welche die Hospitalgeistlichen außer Dienst stellt, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, er trat für die Armen und Kranken ein, welchen durch diese Maßregel die Tröstungen der Religion entzogen würden, und verlangte vom Minister, daß er die Verfügung wieder aufheben solle. Waldeck-Rousseau erklärte sich außer Stande, diesem Wunsche zu willfahren und man schritt zur Abstimmung über die einfache Tagesordnung, die der Minister erst nach der ausdrücklichen Erklärung Schölcher's annahm, daß sie Zustimmung zur Politik der Regierung bedeute. Das Ergebniß war eine Mehrheit von 16 Stimmen für den Minister, eine klägliche Mehrheit.

Eine merkwürdige Illustration erhält diese Senatssitzung noch durch eine Mittheilung der „Union", nach welcher Ferry an den Papst eine vertrauliche Note gerichtet hat, in welcher er die Schwierigkeiten der Lage auseinandersetzt und die Wiederherstellung des Gehalts für die Hospitalgeistlichen verheißt. Wenn das Ministerium Ferry schon dahin gekommen ist, daß es dem Papst seine Noth klagt, dann ist der Augenblick seines Rücktritts nicht mehr fern.

Der Wahltag steht noch etwa zwei Jahre aus, so lange pflegen die ungeduldigen Franzosen nicht zu warten, wenn ihnen die Gegenwart nicht gefällt, und das Interesse, welches Paris den Prinzen von Orleans zuwendet, ist heute ein wesentlich gesteigertes im Verhältniß zu jener Zeit, als über das Prinzengesetz verhandelt wurde. Damals hatten die Republikaner noch Oberwasser und es gelang ihrem Einfluß, den Widerstand des Senats gegen das Gesetz zu besiegen. Seitdem ist es klar geworden, daß auch das Ministerium Ferry nicht im Stande ist, der Lage Herr zu werden, im Gegentheil steht heute Frankreich im Innern wie nach Außen hin entschieden schlechter da als vor drei Monaten. Unter solchen Umständen werden sich die Prinzen von Orleans kaum dem Drängen ihrer Anhänger entziehen können, den verfahrenen Staatskarren wieder in Gang zu bringen. Der Herzog von Aumale wird sich kaum weigern, das Präsidium der Republik zu übernehmen, wenn es ihm angetragen wird, und vom Präsidenten Aumale bis zu Louis Philippe II. ist nur ein Schritt.

Leipzig, 5. Juli 1883.

* Die jüngste Reichstagswahl in Hamburg hat den Socialdemokraten ein Mandat in die Hände gespielt, welches sie nie zuvor besessen haben. Es ist gewiß eine beachtenswerthe Erscheinung, daß dies unter der Herrschaft des Socialistengesetzes nicht nur, sondern auch des kleinen Belagerungszustandes möglich war. Auf die Vorgänge unter den gegnerischen Parteien, welche zu diesem Resultat beigetragen haben, wollen wir heute nicht zurückkommen. Thatsache ist, daß es sich bei dieser Wahl wieder einmal gezeigt hat, daß die Socialdemokratie nicht zurückgegangen ist, sondern im Gegentheil weitere Fortschritte gemacht hat. Es kann nicht fehlen, daß derartige Proben auf den gegenwärtigen Stand der socialistischen Bewegung gegen das Socialistengesetz geltend gemacht werden. Wir glauben aber, nicht mit Recht. Die Unterdrückung der socialdemokratischen Gesinnung und Ueberzeugung konnte Niemand von diesem Repressivgesetz erwarten und hoffen. Was man damit erreichen wollte, war, daß die äußere Agitation aufhörte oder wenigstens einigermaßen beschwichtigt wurde, daß die Bewegung sich nicht in Formen äußerte, die für den Frieden der Gesellschaft und des Staats bedrohlich waren, daß gegen die Verhetzung der unteren Classen gewisse Schranken errichtet wurden. Und daß dies im Ganzen erreicht worden, lehrt jeder Vergleich der heutigen Zustände in den großen Arbeiterstädten mit denen vor Erlaß des Socialistengesetzes. Die innere Versöhnung kann nur durch positive fürsorgende Maßregeln im Interesse der Arbeiter und wirkliche Besserung ihrer materiellen Lage erreicht werden, und wir erblicken in jedem Beweis von der fortbestehenden Macht der socialdemokratischen Partei eine neue Aufforderung, auf dem Wege socialer Reformmaßregeln rüstig fortzuschreiten, getreu der bei Erlaß des Socialistengesetzes übernommenen Verpflichtung und entsprechend der kaiserlichen Botschaft. Ein großes Reformgesetz aus diesem Gebiet hat der so viel geschmähte Reichstag bereits zu Stande gebracht; die Aussichten sind auch für ein weiteres Fortschreiten auf der eingeschlagenen Bahn günstig. Wir geben zu, daß bisher von einer tiefgehenden Wirkung der socialen Reformbestrebungen auf die Arbeiterwelt noch nicht viel zu bemerken gewesen. Aber wir sind eben auch noch ganz im Anfang positiven Schaffens und haben Ziele vor uns, die sich der Natur der Sache nach nur durch jahre-, vielleicht generationenlange Anstrengungen erreichen lassen. Langsamer Erfolg, vielleicht sogar scheinbarer anfänglicher Mißerfolg darf uns dabei nicht abschrecken. In der nächsten Reichstagssession werden voraussichtlich auf der einen Seite weitere socialpolitische Reformmaßregeln, auf der andern Seite eine Erneuerung des im Herbst 1884 ablaufenden Socialistengesetzes die Gesetzgebung beschäftigen. Die Erwägungen, zu denen der Sieg der Socialdemokraten in Hamburg herausfordert, werden alsdann in sehr dringlicher Gestalt wieder auftreten.

* Wie sehr sich das Centrum bereits als Regierungspartei fühlt, geht aus mancherlei Anzeichen bereits deutlich hervor. Nicht nur, daß Herr Windthorst dem preußischen Cultusminister zurufen wagte, daß in Bezug auf den Schulzwang, wenn auch gegen des Ministers Willen, eine Aenderung eintreten werde, nicht nur, daß bereits auf verschiedenen Wegen an der Wiederherstellung einer katholischen Abtheilung im Cultusministerium gearbeitet wird, so will das Centrum auch directen und unmittelbaren Einfluß auf die Anstellung von Staatsbeamten gewinnen. Herr Bethel hat sich in der letzten Zeit der Staatsregierung wieder genähert und sich besonders bei Herrn v. Puttkamer und den Conservativen durch seine scharfe Bekämpfung der liberalen Vorschläge bei der Berathung der Verwaltungsgesetze beliebt gemacht. Nachdem nun der Präsident des hannoverschen Landesconsistoriums, der frühere Minister Lichtenberg, gestorben ist, wird vom Centrum gesondert, daß Herrn Brüel diese Stelle zu Theil werde und soll sich u. A. Fürst Radziwill, der Generaladjutant des Kaisers, sehr in diesem Sinne verwenden. Herr Brüel ist nicht nur starr orthodoxer Lutheraner, sondern vor Allem als Welfe Hospitant des Centrums. Obgleich bereits 65 Jahre alt, ist der Herr noch außerordentlich rege und auch im Interesse seiner politischen Neigungen thätig. Er war früher Unterstaatssecretair im hannoverschen Cultusministerium und nahm im Jahre 1868 seinen Abschied aus preußischen Diensten. Wir glauben, daß die Ernennung des Herrn Brüel, welcher gegenwärtig Vorsitzender des hannoverschen Landes-Synodal-Ausschusses ist, zum Präsidenten des hannoverschen Landes-Consistoriums ein entschiedener Mißgriff wäre, da diese Beförderung den Welfen neuen Muth machen, den liberalen Deutschgesinnten ihre Lage aber noch erschweren würde.

* Nicht ein einziges Wort des Tadels hat bisher die Regierungspresse über die Ablehnung der Canalvorlage durch das preußische Herrenhaus gefunden. Wenn man bedenkt, wie die Volksvertretung regelmäßig mit Vorwürfen überschüttet wird, wenn Vorlagen auch von weit geringerer Wichtigkeit an ihrem Widerspruch scheitern, so fällt die Schweigsamkeit, mit welcher die officiöse Presse den bedauerlichen Beschluß des Herrenhauses aufnimmt, um so mehr auf. Es kann dadurch die Annahme nur verstärkt werden, daß die preußische Regierung einen so großen Werth, wie sie sonst auf ihre Vorlagen, namentlich die wirthschaftlichen, legt und wie man ihn bei Eindringen eines so bedeutsamen und kostspieligen Vorschlags eigentlich voraussetzen müßte, doch auf das Canalproject nicht gelegt hat. Um so mehr aber werden dadurch die Aussichten getrübt, daß sie demnächst mit dem umfassenden Canalplan für die ganze Monarchie hervortreten werde. Wir fürchten, die Gunst des Augenblicks ist einmal versscherzt worden, um nie wiederzukehren.

* Der Oberpräsident von Posen, Herr von Günther, hat nunmehr sein Abschiedsgesuch definitiv zurückgezogen. Derselbe ist einige Tage in Berlin gewesen und hat mit den Ministern von Puttkamer und von Goßler conferirt, ebenso ist er vom Fürsten Bismarck empfangen worden. Herr von Günther hat völlige Genugthuung bekommen, und seine Auffassung der Verhältnisse der Provinz Posen hat durchaus die Billigung des Herrn Reichskanzlers gefunden. Am Dienstag ist Herr von Günther wieder nach Posen zurückgekehrt.

* Durch den Tod des Reichstagsabg. Professor Arnold wird der Wahlkreis Marburg erledigt. Arnold gehörte der conservativen Partei an und war mit 5749 Stimmen gegen 3639 nationalliberale Stimmen gewählt worden.

* * *

* Aus Prag wird uns noch über den Ausfall der dortigen Landtagswahlen geschrieben: „Die Thatsache, daß in Prag nicht ein einziger deutscher Candidat durchzudringen vermochte, hat selbstverständlich auf die deutschen Bewohner der böhmischen Hauptstadt überaus verstimmend gewirkt. Die Kleinseite war wohl nicht zu retten, denn wenn selbst alle Beamten, unter denen es ja auch eine sehr große Zahl Czechen giebt, für die Verfassungspartei gestimmt hätten, so wäre diese dennoch mit etwa 100 Stimmen in der Minderheit geblieben. Was aber die Deutschen Prags für ihre nationale Zukunft zumeist besorgt macht, das ist das überraschende Wahlergebniß in der Josefstadt. Zwar hat man schon seit längerer Zeit die Wahrnehmung gemacht, daß die Israeliten, zumal ihre Jugend, zu dem Czechenthum zu neigen beginnen, aber auf einen besonderen Einfluß dieser geschäftsfreundlichen Richtung gelegentlich der gegenwärtigen Wahlen war man keineswegs gefaßt. Das Wahlergebniß in der Josefstadt hat ein angesehener Prager Bürger, mosaischer Confession, in folgender Weise erklärt: „Wir Juden in Böhmen waren stets verfassungstreu und liberal gesinnt, so lange es wirklich eine Verfassungspartei gab. Diese besteht aber nicht mehr und so haben wir Juden, nicht durch unsere Schuld, unseren Anschluß verloren. Statt der Verfassungspartei agitirt jetzt in Böhmen und Oesterreich eine extremere deutsch-nationale Minderheit, mit der wir aus vielerlei Gründen unmöglich gemeinsame Sache machen können. In der deutsch-nationalen Partei führen erklärte Judenverfolger, wie v. Schönerer und Andere, das große Wort, was natürlich schon ein Hauptgrund ist, der unseren Anschluß an diese Partei unmöglich macht. Ueberdies wollen wir unter allen Bedingungen Oesterreich und unser böhmisches Vaterland erhalten, was man bekanntlich den Deutschnationalen nicht nachsagen kann."

* Ein Wiener Artikel des „Pester Lloyd" schildert, gestützt auf an maßgebender Stelle eingeholte Informationen die Stimmungen, welche gegenwärtig im Schooße der ungarischen Regierung herrschen. Die Regierung könne die Existenz der sogenannten Eisenbahn-Centralisirungsfrage nicht zugeben, die Eisenbahnpolitik der Regierung beruhe blos auf den wirthschaftlichen Bedürfnissen und habe mit nationalen oder parteipolitischen Erwägungen nichts zu schaffen. Wien müsse der Sitz aller Centralbehörden bleiben; allein mit Rücksicht auf den commerziellen und technischen Dienst sei die Schaffung von Unterbahnämtern nothwendig, gegen deren Errichtung bei dem westlichen Theile des Staatsbahnnetzes selbst die Opposition nichts einzuwenden hätte. Es sei auch keineswegs ausgemacht, daß derlei Aemter in den Landes-Hauptstädten creirt werden, sondern dieselben sollen dort errichtet werden, wo es die Interessen des Verkehrs und die strategischen Verhältnisse erheischen. In dieser Beziehung werde die Regierung die Ziele und Absichten der leitenden militairischen Kreise fördern, nach dieser Seite hin kenne sie keine Transactionen, Concessionen und Compromisse. Betreffs der Behauptung, die innere österreichische Politik widerstrebe den Bedingungen des deutsch-österreichischen Bündnisses giebt der Artikel dem Grafen Taaffe das Verdienst, gerade die Gedanken dieser Allianz befestigt, popularisirt und die panslavistische Partei in Böhmen verschwinden gemacht zu haben; sowie das bei einem großen Theil der Bevölkerung herrschende Mißtrauen gegen die Absichten Deutschlands beseitigt und alle Parteien überzeugt zu haben, daß Deutschland den Frieden wünsche und im deutsch-österreichischen Bündnisse ein Unterpfand desselben erblicke. Von der Slavisirung Oesterreichs könne keine Rede sein, aber auch die Germanisirung sei zum deutsch-österreichischen Bündnisse nicht nothwendig. Ein freies Oesterreich, welches seinen Nationalitäten zur Entwickelung ihrer Individualität den weitesten Spielraum gewährt, entspreche auch besser den Intentionen Deutschlands, als ein Oesterreich, welches nationale Märtyrer schaffen wolle. Officiöser Phrasenschwall darf man dieser Meldung des „Wolff'schen Bureaus" hinzufügen.

* Aus Petersburg wird gemeldet, daß der gemaßregelte „Golos" demnächst wieder erscheinen soll. Herr Krajewski, der bisherige Herausgeber und Chefredacteur des Blattes, hat nämlich seine Rechte an eine Pariser Gesellschaft abgetreten, an deren Spitze Herr Zion, gegenwärtig Herausgeber des „Gaulois" steht. Herr Zion ist ein langjähriger Freund Katkow's, der, wie es heißt, das Abtretungsgeschäft vermittelt haben soll. Nach dem Gesetze müßte der wieder erscheinende „Golos" der Präventivcensur unterworfen werden, allein man behauptet bereits, daß das nicht der Fall sein werde, weil Herr Katkow für die politische Richtung des Blattes Bürgschaft geleistet habe. Dasselbe wird in entschiedener Weise für ein russisch-französisches Bündniß eintreten, die österreichische Politik auf der Balkanhalbinsel bekämpfen und überhaupt die großslavische Idee unter der Führung Rußlands vertreten.

* Die russischen Zeitungen beschäftigen sich noch immer mit der Tischrede des Moskauer Bürgermeisters Tschitscherin zur Zeit der Krönungsfeste. Der „Ruß" veröffentlichte vor einigen Tagen einen sehr verwässerten und abgeschwächten Text. Dazu bemerkt jetzt die russische „Petersburger Zeitung" in einem Uebermaß loyalen Eifers das Folgende:

„Diese Redaction der Rede gehört jedenfalls einer späteren Zeit an. Bei Tische wurde sie einfacher, herzlicher gesprochen. Mehrere Stadthäupter saßen den Schluß derselben in praktischem Sinne auf, einer von ihnen sprach die Absicht aus, es sei unmöglich einfach auseinander zu gehen, die Versammlung müsse ein bleibendes Zeichen hinterlassen. „Weder die Zeit noch der Ort gestattet uns dies", bemerkte hierzu das Stadthaupt von Minsk. Er wurde von der Majorität unterstützt und alle Aeußerungen zu Gunsten einer weiteren Fortsetzung der Rede Herrn Tschitscherin's wurden durch diesen richtigen und entschieden vorgebrachten Protest zum Schweigen gebracht. Ein Theil der Anwesenden, darunter auch Herr Tschitscherin, bestanden aber darauf, diese Versammlung nicht fruchtlos verlaufen zu lassen und beschloß, den Fürsten von Montenegro und Bulgarien eine Collectiv-Adresse abzustatten. Und in der That ungefähr zehn Stadthäupter begaben sich zu den genannten slavischen Fürsten. Diese Handlung der Stadthäupter und Herrn Tschitscherin's bewies jedenfalls ihre politische Taktlosigkeit und Unreife. Denn wenn wirklich den Stadthäuptern ganz Rußlands in ihrer collectiven Vertretung irgend eine Bedeutung beigemessen ist, so durften sie doch nicht, ohne die Macht und Stellung Rußlands zu vergeben, die auswärtigen Prinzen besuchen, sondern hatten alle insgesammt und jeder einzelne den Besuch derselben erst zu erwarten. — Jeder Kreis in Rußland ist größer als Montenegro, jedes Gouvernement größer als Bulgarien. Das Unpassende in diesem Schritt der Stadthäupter trat auch zugleich zu Tage. Der Fürst von Montenegro antwortete ihnen anfangs vor nichts und erging sich hierauf in allgemeinen Phrasen, der Fürst von Bulgarien begann das Gespräch sofort mit der „schönen Reception im großen Moskauer Theater". Mit dieser Reception verliefen dann auch die Stadthäupter den Fürsten. Der Führer, welcher seine Schaaren in eine solche „Reception stellung" bringt, ist zum Mindesten ungeschickt zu nennen. Was die Rede Tschitscherin's selbst anlangt, so enthält diese nichts Schlechtes. Sie war einfach taktlos und unpassend; dem Haupte des Staates, dem Kaiser allein stand das Recht zu, in diesen Tagen zu reden."

* Wie wir der „Morning-Post" entnehmen, sollen bezüglich der Donaufrage die Cabinete von Berlin, Wien und Petersburg auf die Vorstellungen Lord Granville's hin den festen Entschluß gefaßt haben, auf der vollständigen Durchführung aller seitens der Londoner Conferenz gefaßten Beschlüsse zu bestehen. Dem genannten Londoner Blatte wird noch überdies aus Berlin gemeldet, daß Deutschland an die rumänische Regierung ernste Vorstellung gerichtet und die Annahme der Londoner Beschlüsse gefordert habe. Wohl im Zusammenhange mit diesen Nachrichten unterhält der rumänische Gesandte in London mit seiner Regierung einen lebhaften Depeschenwechsel und hatte auch mit Lord Granville mehrfache Conferenzen.

* Ueber den jüngsten Aufenthalt des belgischen Generals Brialmont in Rumänien melden noch die Bukarester Blätter, daß der General sämmtliche Heeresanstalten und die wichtigsten strategischen Puncte des Landes inspicirt habe. Er begab sich auch in Begleitung des rumänischen Generals Angelesco, Commandeur des 3. Armeecorps, nach Galatz, wo er die Hafenbauten, die dort stationirte Flottille, das Arsenal und den Donaudamm besichtigte, der nach Macin führt. — In Folge des auch von uns gemeldeten österreichisch-rumänischen Grenzconflicts in Ibkani ist Herr Olanescu, General-Director des Departements der indirecten Steuern im Finanzministerium, von der Regierung mit der Untersuchung der Vorgänge in Ibkani beauftragt worden und bereits dahin abgegangen. — Der im rumänischen Kriegsministerium angestellte Oberst Bengesco hat im Auftrage desselben eine Reise nach Deutschland und Frankreich angetreten, um mit dortigen Tuchfabriken Lieferungsverträge für die rumänische Armee abzuschließen.

* Das seit etwa vierzehn Tagen in Sofia verbreitete Gerücht, daß der Urheber der bulgarischen Verfassungsänderung, General Ernroth, in der Eigenschaft eines Rathes des Fürsten Alexander wieder nach Bulgarien kommen soll, bestätigt sich. General Ernroth bekleidete im liberalen Ministerium Karawelow-Zankow, welches das Fürstenthum vom April 1880 bis Mai 1881 regierte, das Portefeuille des Krieges. Er war es, der, des demagogischen Treibens seiner Ministercollegen überdrüssig, dem Fürsten den Rath gab, die Constitution aufzuheben und die bekannten Vollmachten zu begehren. Selbstverständlich hätte der General, nachdem die Sanction der Verfassungsänderung durch die große Sobranje in Sistowo erfolgt war, das Reorganisationswerk weiterführen sollen. Da er aber in der Action des diplomatischen Agenten Rußlands Herrn Hitrowo ein unüberwindliches Hinderniß für die Durchführung seiner Aufgabe erblickte, kehrte er, obgleich die große Sobranje ihn durch eine Deputation bitten ließ, Bulgarien in einem so kritischen Augenblicke nicht zu verlassen, nach Rußland zurück. Was den General Ernroth von allen anderen russischen Generalen, welche im bulgarischen Staatsdienste standen, die Generale Sobolew und Kaulbars inbegriffen, unterscheidet, ist, neben seinen höheren militairischen Eigenschaften, seine ausgedehnte Bildung und sein scharfer Verstand. Von seiner Loyalität, seinem redlichen Charakter legen alle seine Acte während seiner Wirksamkeit in Bulgarien ein sprechendes Zeugniß ab. Er duldete niemals die von Anderen oft nachsichtsvoll zugelassenen Verschleuderungen öffentlicher Gelder, er schaffte alle Sinecuren ab und sendete deren Inhaber nach Rußland zurück; er setzte die unnöthig hohen Gehalte herab und begann hiebei mit seinem eigenen; mit einem Worte, er that so ziemlich das Gegentheil von Dem, was die anderen russischen Generale zu thun für gut fanden. Seine Loyalität gewann ihm allgemeine Sympathien und auch die des diplomatischen Corps in Sofia, mit dem er die besten Beziehungen unterhalten hat. Es läßt sich nur wünschen, daß es dem General Ernroth gelingen möge, in das durch die bisherigen Minister zur zerrütteten Verwaltungswesen des Fürstenthums wieder Ordnung zu bringen. Um der Berechtigung der Behauptung, daß die gegenwärtigen Minister die Verwaltung des Landes geradezu desorganisiren, zu erweisen, dürften folgende, keineswegs verallgemeinerte Thatsachen genügen. Der Justizminister hat in der letzten Zeit 60 gerichtliche Beamte ihres Amtes enthoben und 70 Beamte versetzt. Vom dem Minister des Innern ist die sehr bemerkenswerthe Leistung zu verzeichnen, daß er in mehreren Städten und Dörfern Candidaten, welche bei den letzten Communalwahlen in der Minorität geblieben waren und deren anarchistische Gesinnung notorisch ist, zu Bürgermeistern ernannt hat. Wenn man erwägt, daß auch die anderen Minister bemüht sind, sich in die Annalen des Fürstenthumes mit ähnlichen Thaten einzuzeichnen, und sich die an dieser Stelle entworfenen Bilder der Situation in Bulgarien in Erinnerung ruft, so wird man begreifen, daß die Bevölkerung nach einer Aenderung der Lage tiefe Sehnsucht empfindet.

* Eine Petition der französischen Waffenfabrikanten ist seitens des Ministeriums günstig aufgenommen worden. Zufolge der Aeußerungen des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers ist zu vermuthen, daß binnen Kurzem an die Kammern eine Gesetzesvorlage, betreffend Aufhebung der Privatwaffenfabrikation in Frankreich belassende Prohibitivbestimmungen, geleitet werden wird. Competenten